



Nahost-Vermittler Schmidbauer im Libanon: Dank an die Deutschen

Terrorismus

Totaler Abbruch

Die deutsche Geheimdiplomatie mit Iran stößt in Israel auf wachsendes Mißtrauen.

Am frühen Morgen des 2. November rief Staatsminister Bernd Schmidbauer bei Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu in Jerusalem an. Doch am anderen Ende der Leitung ertönte nur unverständliches Gebrabbel.

Schmidbauers Anruf war bei Netanjahus Sohn Jair, 5, gelandet. Der Steppke trollte sich ins Schlafzimmer der Eltern und weckte den Papa: „Da ist einer für dich am Telefon, ich kann den nicht verstehen.“

Schmidbauer, Koordinator der deutschen Geheimdienste, hatte gute Nachrichten für Netanjahu: Wie erbeten, sei er mit führenden Männern der radikalen Organisationen Islamischer Dschihad und Hisb Allah in Verbindung getreten. Er habe „alles“ getan, um Anschläge militanter Moslems auf Ziele in Israel zu verhindern.

Auch der deutsche Bundeskanzler, gerade auf Asientour, schaltete sich ein. Von Tokio aus nahm er Kontakt auf zum iranischen Staatspräsidenten Ali Akbar Hachemi Rafsandschani. Iran,

bat Helmut Kohl, solle die Gotteskrieger stoppen.

Hintergrund der hektischen Diplomatie: Der amerikanische Geheimdienst CIA hatte die Regierung in Jerusalem darüber informiert, daß islamistische Terroristen aus Anlaß des Jahrestags der Ermordung des palästinensischen Dschihad-Führers Fathi Schakaki einen Anschlag auf das größte Hochhaus Israels planten – den Shalom-Tower in Tel Aviv.

Das Büro von Premier Netanjahu bat Schmidbauer um Hilfe: Bonn möge seine guten Kontakte zu Iran einsetzen. Die Mullahs sollten verhindern, daß der Dschihad noch vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen in Israel zuschlägt.

Ob die Interventionen Kohls und Schmidbauers halfen, weiß keiner der Beteiligten. Der für Anfang November befürchtete Terroranschlag blieb jedenfalls aus. Artig bedankte sich Netanjahu öffentlich bei den Deutschen.

Tatsächlich aber machen Regierungsstellen in Jerusalem keinen Hehl daraus, daß sie die Dienste der Deutschen mit

großem Widerwillen in Anspruch nehmen.

Selbst die besten Bonner Taten stehen unter bösem Verdacht: Nur beiläufig gehe es der deutschen Regierung bei der Vermittlung zwischen Israel und seinen arabischen Todfeinden um humanitäre Aspekte, heißt es sogar aus dem Büro des Premiers. In Wirklichkeit wolle Bonn demonstrieren, daß die von Israel bekämpfte Politik des „kritischen Dialogs“ mit dem Terror-Unterstützer Iran auch Vorteile bringt.

Israel müsse „endlich aufhören“, fordert die regierungsnaher *Jerusalem Post*, Deutschland das „Feigenblatt“ für den Handel mit einem Staat zu liefern, der weltweit den Terror finanziere. Wenn die Hisb Allah unbedingt mit Geiseln Geschäfte machen müsse, solle sie mit dem Roten Kreuz, der Uno „oder sogar mit Arafat verhandeln“: „Niemand braucht die deutsche Hilfe wirklich.“

Nicht nur das Mißtrauen der Israelis macht den Bonnern das Antichambrieren in Teheran schwer – nun droht Iran selbst mit dem Abbruch der Kontakte.

Am Donnerstag vergangener Woche wurde der deutsche Botschafter in Teheran, Horst Bächmann, ins Außenministerium bestellt. In harschem Tonfall verwahrten sich die Iraner gegen den Vorwurf deutscher Staatsanwälte, die iranische Führung sei Drahtzieher des Mordanschlags auf das Berliner Lokal „Mykonos“, bei dem 1992 vier kurdisch-iranische Oppositionelle im Kugelhagel gestorben waren.

Den Mordbefehl habe der religiöse Führer Irans, Ali Chamenei, 1991 persönlich erlassen, hatte der Vertreter der Bundesanwaltschaft, Bruno Jost, zwei Tage zuvor dem Berliner Kammergericht berichtet. Geheimdienstminister Ali Fallahian sei mit der Umsetzung betraut worden.

Solche „Beleidigungen“ werde Iran nicht hinnehmen, erklärte nun das Teheraner Außenamt, Bonn müsse die Verantwortung „für jegliche Konsequenzen“ übernehmen. Teheran will gar Generalbundesanwalt Kay Nehm verklagen, weil dieser „den ‚Mykonos‘-Prozeß politisch umgelenkt“ habe.

Die konservative Zeitung *Kayhan* fordert bereits „den totalen Abbruch der diplomatischen und der Handelsbeziehungen zu Deutschland und die Ausweisung des deutschen Botschafters in Teheran“.

Unterstützung für den „kritischen Dialog“ mit Iran erhoffen sich Kohl und Kinkel ausgerechnet aus Amerika. Vor den Präsidentschaftswahlen hatte sich Bill Clinton zwar offen mit den



Hisb-Allah-Demonstration in Beirut: Böser Verdacht